

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	Sozialausschuss
	Termin:	6. Mai 2015 Beginn: 16.30 Uhr Ende: 18.00 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Großer Sitzungssaal
	Vorsitzende/r:	Herr Bürgermeister Lenz

Zahl der anwesenden Mitglieder: 19

Abwesende Mitglieder: Frau Stadträtin Dr. Dogan (CDU), Frau Stadträtin Lisbach (GRÜNE), Herr Stadtrat Jooß (FDP), Herr Stadtrat Fostiropoulos (DIE LINKE)

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet **der Vorsitzende** Herrn Christian Pflaum (Caritas) und Herrn Gregor Kieser (Verein für Jugendhilfe).

TOP 1: Jobcenter Stadt Karlsruhe - Jahresbilanz 2014 - Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende bedankt sich für das öffentliche Interesse und erläutert, dass das Jahr 2015 von den verschiedensten Jubiläen darunter auch Gesetzesjubiläen geprägt sei. Man sich aber nun auf die Sozialgesetzgebung und natürlich auch die Arbeitsförderung konzentriere. Er begrüßt den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Herrn Zenkner und den Geschäftsführer des Jobcenters der Stadt Karlsruhe Herrn Kölmel und erteilt diesem das Wort.

Herr Kölmel teilt mit, dass im Jahr 2014 ein erheblicher Rückgang an Stellenangeboten für Helfertätigkeiten zu verzeichnen war.

Von 2.135 betreuten Jugendlichen unter 25 Jahren seien 15,3 Prozent (416 Jugendliche) arbeitslos. Die übrigen 1.719 Jugendliche unterliegen noch der Schulpflicht. Er macht auf die sprunghafte Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften im Jahresüberblick aufmerksam. Von den 11.040 Bedarfsgemeinschaften im Dezember 2014 seien 252 aus Rumänien.

Zu Beginn des Jahres lag die Zahl bei etwa 150 rumänischen Bedarfsgemeinschaften. Insgesamt wurden in 2014 3.797 erwerbsfähige Leistungsberechtigte in Arbeit oder Ausbildung integriert. Fast zwei Drittel davon sogar nachhaltig, dies bedeute, dass die Beschäftigung auch sechs Monate nach der Aufnahme bestand. Für die gute Arbeit des Jobcenters Karlsruhe spreche auch die große Dynamik im SGB II Bereich. Hier habe es mehr Abgänge als Zugänge gegeben. Sorgen bereite derzeit die Entwicklung der Transferaufwendungen, die im Vergleich zum Vorjahr sowohl beim Bund als auch bei der Stadt Karlsruhe um insgesamt 4 Millionen Euro gestiegen seien. Die Ausgaben für Aktivierungsmaßnahmen wie beispielsweise Bewerbungstraining oder Motivationstraining belaufen sich auf 23 Millionen Euro.

Herr Stadtrat Hermanns (SPD) betritt den Sitzungssaal um 16.48 Uhr.

Herr Kölmel betont, dass stetig versucht werde, alle Personen für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Für beschäftigungsschaffende Maßnahmen habe der Bund etwa 1 Million

Euro eingesetzt. Ergänzend hierzu stelle die Stadt Karlsruhe für ein kommunales Beschäftigungsprogramm jährlich 600.000 Euro zur Verfügung. Für das Jahr 2015 sei neben dem Internetauftritt des Jobcenters der Stadt Karlsruhe die Teilnahme am ESF Bundesprogramm für Langzeitarbeitslose, die Fortführung des Projekts "2. Chance - Ausbildung wird was" sowie des Bundesprogramms "Perspektive 50plus" und der Aufbau eines Bewerbercenters geplant.

Frau Stadträtin Fischer (SPD) dankt Herrn Kölmel für den ausführlichen Bericht. Sie betont, der Gemeinderat habe sich lange mit dem Thema Langzeitarbeitslose beschäftigt und schließlich Gelder in den städtischen Haushalt eingestellt. Ihr sei nicht klar, wie sich das Jobcenter im kommunalen Beschäftigungsprogramm einbringe. Für die Träger sei der Pauschalbetrag mit dem die Arbeitsgelegenheiten finanziert werden nicht auskömmlich. Andere Jobcenter in Baden-Württemberg fördern die Arbeitsgelegenheiten mit einem deutlich höheren Betrag.

Frau Dr. Wagner (Behindertenbeirat) bedankt sich für den ausführlichen Bericht und bedauert, dass keine Zahlen zu der Situation der behinderten Menschen aufgeführt wurden. Eine bundesweite Statistik zeige eine Arbeitslosenquote von 63 bis 70 Prozent auf. Im nächsten Bericht solle darauf eingegangen werden.

Für **Herrn Stadtrat Geiger (GRÜNE)** als neues Sozialausschussmitglied ist der Bericht sehr interessant. Zweifelhaft sei, ob die Förderung der beruflichen Weiterbildung auf Helferniveau, aufgrund des erheblichen Nachfragerückgangs in diesem Bereich, Erfolg verspreche. Auch stellt er eine Erfolgsquote von drei Prozent im Bereich der Integration von Langzeitarbeitslosen in Frage.

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU) begrüßt die Teilnahme am ESF Bundesprogramm mit dessen Hilfe zusätzlich 50 Langzeiterwerbslose in Arbeit vermittelt werden sollen. Fraglich sei, wie dies bewerkstelligt werden könne. Er erkundigt sich, wie viele Widersprüche und Klageverfahren im Jahr 2014 anhängig waren.

Herr Stadtrat Kalmbach (GfK) möchte wissen, weshalb die Integrationsquote von 27,5 Prozent deutlich höher als in anderen Gemeinden sei.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) stellt fest, dass auch dieses Jahr Eingliederungsmittel des Bundes in Höhe von 1,8 Millionen Euro in den Verwaltungshaushalt umgeschichtet wurden. Es sei sehr bedenklich, wenn dies in künftigen Jahren weiterhin praktiziert werde. Auch interessiere sie sich für die genauen Bedingungen für die Teilnahme an dem ESF Bundesprogramm.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE) spricht sich dafür aus, dass im nächsten Jahresbericht die Situation der behinderten Erwerbslosen dargestellt werde. Es gebe immer mal wieder Beschwerden über das Jobcenter. Deshalb möchte er wissen, ob eine Kundenumfrage mit Zufriedenheitsanalyse, gegebenenfalls mit den freien Trägern zusammen, geplant sei.

Herr Kölmel erläutert, dass aufgrund der engen Vorgaben des Bundesrechnungshofes von ursprünglich 1.100 nur noch 350 Arbeitsgelegenheiten finanziert würden. Hinzu komme noch, dass der Gesetzgeber die Eingliederungsmittel zur Verfügung stelle. Jährlich erfolge auf Grundlage der Kalkulation der Träger die Neufestsetzung des Pauschalbetrags für die

Arbeitsgelegenheiten. Auch dieses Jahr sei die Förderung wieder erhöht worden, da die Personalkosten durch den neuen Tarifvertrag gestiegen seien. Es gebe in Baden-Württemberg Jobcenter, die mehr, aber auch viele, die deutlich weniger bezahlen.

Im Jahr 2014 habe es in Karlsruhe circa 400 behinderte Erwerbslose gegeben. Detaillierte Informationen könne er nicht liefern, da nicht weiter differenziert werde. Das Hauptaugenmerk lag 2014 nicht darauf, ob der Erwerbslose behindert sei oder nicht. Vielmehr sei eine schnelle Integration in ein Beschäftigungsverhältnis angestrebt worden. Er merkt an, dass ein geschäftspolitisches Schwerpunktthema im Jahr 2015 die behinderten Erwerbslosen sei.

Bei den Personaldienstleistungsunternehmen könne ein Rückgang von Helferstellen um 40 Prozent in 2014 verzeichnet werden, so **Herr Kölmel**. Es werden mittlerweile mehr qualifizierte Menschen gesucht. Da die vom Bundesamt für Migration angebotenen Deutschkurse für ein Beschäftigungsverhältnis nicht ausreichen, stelle auch die Sprache ein Vermittlungshindernis dar. Deshalb werde versucht, eine entsprechende Maßnahme zu entwickeln. Trotz Wandel auf dem Arbeitsmarkt für Helferstellen habe man sich dazu entschieden, diese Maßnahme auch für 2015 einzukaufen.

Eine Integrationsquote von drei Prozent im Bereich der Langzeiterwerbslosen sei super, wenn man den zu betreuenden Kundenkreis bedenke. Es zeige auch, dass niemand verloren gehen dürfe.

Das ESF Bundesprogramm dauere zwei bis zweieinhalb Jahre. Hierbei sollen Erwerbslose, die keine spezielle Berufsausbildung haben, mittels Coaching des Arbeitnehmers und auch des Arbeitgebers in den Arbeitsmarkt integriert werden. Da es nach Zuwendungsrecht gehe, sei die Dokumentation schwierig, aber das Programm stelle eine Chance für 50 Personen dar.

37 Prozent der Widersprüche wurde stattgegeben. Bleiben die Widersprüche, denen aufgrund eines neuen Sachverhalts stattgegeben werden musste, unberücksichtigt, betrage die Quote 20 Prozent. Deutschlandweit werden die Sozialgerichte von Klagen überflutet, jedoch nicht in Karlsruhe. In 2014 waren insgesamt 202 Klagen anhängig, davon wurde 17, teilweise aufgrund eines neuen Sachvortrags, stattgegeben.

Auf Nachfragen von **Herrn Stadtrat Dr. Müller (CDU)** teilt **Herr Kölmel** mit, dass er nicht beurteilen könne, ob viel oder wenig Leistungsmissbrauch betrieben werde. Die vorliegenden Zahlen seien die tatsächlich festgestellten Fälle, in denen zurückgefordert wurde. Was durch den Außendienst vermieden worden sei, könne nicht abgebildet werden. Hierzu erfolge keine Dokumentation.

Herr Zenkner begründet die Integrationsquote zum einen mit dem Geschick der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie gut durchdachter Prozessführung. Zum anderen habe Herr Kölmel schon vor Jahren damit begonnen, gering qualifizierte Menschen zunächst über verschiedene Maßnahmen zu qualifizieren, bevor eine langfristige Integration auf dem Arbeitsmarkt angestrebt worden sei. Diese Investition zahle sich mittelfristig aus. Nun sei jedoch eine Phase erreicht, in der Erfolg schwierig werde. Die Herkulesaufgabe stelle die Integration der Langzeitarbeitslosen sowie der 70 Prozent der Erwerbslosen im Grundsicherungsbereich dar, die keine Ausbildung haben. Dieser Kundenkreis müsse anders abgeholt

werden. Hier sei langfristige sozialintegrative Arbeit erforderlich, um die Wirkung zu sichern.

In Bezug auf die Umschichtung der Eingliederungsmittel führt **Herr Zenkner** an, dass sich das Jobcenter der Stadt Karlsruhe mit 12 Prozent im bundesweiten Vergleich im unteren Bereich befinde. Es gebe andere Jobcenter, die 40 Prozent der Mittel umschichten würden. Es sei an der Zeit, dass der Bund umdenke und mehr Mittel zur Verfügung stelle. Eine Umschichtung sei auch im Bereich der Maßnahmen geplant. Eine Gruppe innerhalb des Jobcenters beschäftige sich stets damit, welche Maßnahmen für die Kundschaft benötigt würden. Die Maßnahmen werden immer für ein Jahr eingekauft. Jährlich werden diese neu ausgeschrieben und neu beschrieben. Ständig erfolge die Anpassung der Maßnahme an die Kundinnen und Kunden, um diese an den Arbeitsmarkt heranzuführen.

Zum Thema Kundenzufriedenheit betont **Herr Kölmel**, dass diese nicht bei der Note eins sein könne, da die Kundschaft zur Mitarbeit aufgefordert werde, auch wenn diese nicht dazu bereit sei. Das Gesetz sage klar: Fordern und Fördern. Die Beschwerden über das Jobcenter seien sehr gering. Die Investition in die Servicehotline habe mit einer Abschluss erledigungsquote von 90 Prozent die Kundenzufriedenheit deutlich verbessert.

Herr Zenkner erachtet eine Kombination des kommunalen Arbeitsbeschäftigungsprogramms mit den Arbeitsgelegenheiten als sehr schwierig. Bei den Arbeitsgelegenheiten handle es sich um eine gesetzliche Zwischenstation auf dem Weg zur Integration in den Arbeitsmarkt. Das kommunale Beschäftigungsprogramm sei jedoch im Gegensatz zu den Arbeitsgelegenheiten für ganz schwierige Fälle gedacht.

Frau Stadträtin Fischer (SPD) berichtet von der vor zwei Wochen stattgefundenen Aufsichtsratsitzung der Arbeitsförderungsbetriebe. Hier wurde von circa 2.200 Langzeitarbeitslosen in Karlsruhe mit multiplen Vermittlungshemmnissen berichtet. Von den ursprünglich 1.100 Arbeitsgelegenheiten gebe es derzeit noch 350. All diejenigen, die sich mit Langzeitarbeitslosen beschäftigen, tragen wesentlich zur sozialen Verbesserung bei. Sie erwarte von der Agentur für Arbeit etwas Phantasie, wie man hierbei die Stadt und die Träger unterstützen könne. Sowohl aus Nürnberg und Berlin kam die Intension, dass man sich innerhalb der Agentur Gedanken machen müsse. In anderen Jobcentern sei das Angebot an Arbeitsgelegenheiten höher. Vielleicht könne auch in Karlsruhe eine leichte Erhöhung erreicht werden.

Herr Kölmel erläutert, dass in Karlsruhe das Dienstleistungsgewerbe sehr ausgeprägt sei. Die Unterbringung von Langzeitarbeitslosen gestalte sich hier schwierig. Hier sei eine vorherige Qualifizierung unabdingbar. Gemeinsam mit den Arbeitsförderungsbetrieben und den freien Trägern entwickle man gemeinsam neue Ideen.

Herr Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) bedankt sich für die Arbeit des Jobcenters. Er möchte wissen, auf welche Ursache der Rückgang der Helferstellen um 40 Prozent zurückzuführen sei.

Der Arbeitsmarkt verändere sich stetig, erklärt **Herr Zenkner**. Strukturelle Komponenten und die Etablierung von Tarifverträgen bei den Zeitarbeitsfirmen lassen die Nachfrage an Helferstellen sinken. In Zukunft werde es schwierig, diese Kundschaft so zu qualifizieren, dass eine Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt möglich sei.

Der Vorsitzende bedankt sich für die intensive und detaillierte Diskussion. Er zeigt sich erfreut, dass im Gegensatz zu Vorjahren aktuell keine Strukturdebatte sondern eine Sachdebatte geführt wurde. Nach wie vor gebe es aus seiner Sicht vier Aktionsfelder: den Europäischen Sozialfonds als riesigen Arbeitskreis, die Arbeitsförderungsbetriebe als kommunale Beschäftigungsgesellschaft, die Verbände als sozialen Arbeitsmarkt und das gemeinsam von der Agentur für Arbeit und der Stadt Karlsruhe getragene Jobcenter.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Jahresbilanz 2014 zur Kenntnis.

TOP 1 ist damit beendet.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.00 Uhr.

Der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin


Sybille Reichle

gesehen und genehmigt


Martin Lenz
Bürgermeister



Beschluss:

1. Verteiler an:

- Dez. 1
- Dez. 3
- Dez. 4
- RPA
- Dir. SJB
- HAV/Herr Lindorf
- SAL/Herr Dietz
- Jobcenter/Herr Kölmel
- Jobcenter/Herr Krause

2. Hauptamt/Ratsangelegenheiten per E-Mail: sitzungsdienste@ha.karlsruhe.de

3. eingescanntes Protokoll per E-Mail an Hauptregistratur

4. z. d. A. (SJB) 416.134